

Landratsamt Wartburgkreis Haupt- und Personalamt	
PE	- 1. Feb. 2021
Kreistagsbüro	

**Fraktion  
Freie Wähler / Liste alternative Demokratie**

*KT 0258/2021*

## **Antrag an den Kreistag des Wartburgkreises**

### **Aufstockung der Mittel für die örtliche Jugendbetreuung - Drei Streetworker für den Wartburgkreis -**

Die Fraktion Freie Wähler / Liste alternative Demokratie beantragt:

ab dem Haushaltsjahr 2022 die Aufstockung der Mittel für die örtliche Jugendförderung in Höhe von 150.000 € entsprechend des Bedarfes für insgesamt drei weitere Mitarbeiter in der Zuständigkeit der drei freien Träger der Jugendhilfe im Wartburgkreis.

**HHST 4502 - 01.45150.71810 Ansatz von 1.294.500 € im Jahr 2021 auf 1.444.500 € im Jahr 2022.**

Zur Finanzierung sollen die Ergebnisse der Jahresrechnung 2020 im Einzelplan herangezogen werden ggf. die Mittel umgeschichtet werden. Zudem schlagen wir vor, mit der Landesregierung über eine Erhöhung der Zuweisungen in HHST 4502 - 01.45150.17110 zu verhandeln.

#### **Begründung**

In einigen Orten des Wartburgkreises besteht schon seit Herbst 2019 dringender Handlungsbedarf. Dies betrifft den nicht mehr vorhandenen Zugang zu Jugendlichen ab 16 Jahren mit Verhaltensauffälligkeiten, mit Ordnungs- und Jugendschutzverstößen sowie mit in der Folge verübten Sachbeschädigungen. Diese Jugendlichen stammen aus Milieus, die nicht mehr über Schulsozialarbeit oder über betreute Angebote der Jugendclubs erreicht werden können, sondern für die eine aufsuchende Jugendarbeit notwendig ist.

Die Situation ist schon beim Runden Tisch Jugendschutz am 25.9.2019 im Landratsamt thematisiert worden. Dort haben sich zwei Thesen herausgestellt:

1. Restriktive Maßnahmen über Jugendstrafen wirken aufgrund der langwierigen Zeiten zwischen Tat, Ermittlung, Gerichtsverfahren mit Straffestlegung und Strafableistung wenig.
2. Nur eine Prävention verhindert wirksam die Zerstörungswut. Prävention aber bedarf Personal und Pädagogik.

Auch in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 16.10.2019 ist unter TOP 4 b) vom Jugendamt des Wartburgkreises ein erhöhtes Mitteilen von Verstößen gegen das Jugendschutzgesetz verzeichnet worden. Dabei ist die Kombination von präventiven und repressiven Maßnahmen diskutiert sowie eine Prüfung des Bedarfs an zusätzlichen Mitarbeitern für den Jugendschutz angesprochen worden.

Mit der 3-P-Strategie Prävention-Pädagogik-Personal kommen Streetworker jenseits der Jugendclubs und Schulen zum Einsatz, die in der Szene der Jugendlichen ab 16 Jahre bis 18 Jahren Zugänge zu den Gruppen aufbauen und geeignete Maßnahmen entwickeln können. Ein Einsatz der vorhandenen Mitarbeiter der Jugendclubs übersteigt deren eigenen Ressourcen und würde deren Betreuungsangebote schwächen.

Zusammengefasst bedarf es einer personellen Untersetzung der wichtigen sozialpädagogischen Intervention in einer Hand und in einer Art und Weise, wo die betroffenen Jugendlichen dieser Altersklasse erreichbar sind, durch aufsuchende Jugendsozialarbeit auf der Straße.

Im Namen der Fraktion



Klaus Bohl

Vorsitzender

Fraktion Freie Wähler / Liste alternative Demokratie

29.01.2021